

Wien, Freitag, den 29. Oktober 1926.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 29. Oktober 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 5 Uhr nachmittags die Sitzung.

Es sind vier Dringlichkeitsanträge eingelangt. Ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Zimmerl, Kunschak und Rammelhardt erklärt, dass die Sätze der Lustbarkeits- und der Nahrungs- und Genussmittelabgabe so hoch sind, dass die davon betroffenen Unternehmungen entweder zugrunde gehen oder der Gemeinde Wien unverhältnismässig hohe Beträge wegen Unmöglichkeit der Leistung schuldig bleiben. Es sollen einzelne Unternehmungen hunderte von Millionen, ja sogar Milliarden an Lustbarkeitsabgabe und Nahrungs- und Genussmittelabgabe schuldig sein. Über diese Umstände wurden dem Finanzausschuss keinerlei Berichte erstattet und da auch aus den Rechnungsabschlüssen die Steuerrückstände nicht zu ersehen sind, stellen die erwähnten drei Gemeinderäte den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, dass der städtische Finanzreferent angewiesen werde, dem Finanzausschuss in vertraulicher Sitzung ehetunlichst eine Liste jener Steuerträger vorzulegen, die an Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs- und Genussmittelabgabe, oder an beiden Abgaben zusammen mehr als 10.000 Schilling schuldig sind. Dieser Liste ist auch anzugeben, welche Abzahlungsvereinbarungen mit diesen Unternehmungen getroffen worden sind. Der zweite Dringlichkeitsantrag wird von den Gemeinderäten Untermüller, Waldsam und Preyer eingebracht und verweist auf die Gehilfenversammlung der Kleidermacher-Genossenschaft vom 20. Oktober, in der ein Antrag auf Erhöhung der Gehilfenumlagen verhandelt wurde. Zu dieser Versammlung wurden entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung wahllos die Erschienenen zugelassen, ohne dass darauf kontrolliert worden wäre, ob die Erscheinenden auch teilnahmeberechtigt sind. Auch eine qualifizierte Mehrheit bei der Abstimmung sei nicht gegeben gewesen. Trotzdem verkündete der Vorsitzende, dass der Antrag auf Erhöhung der Gehilfenumlagen angenommen worden sei. Es wird nun beantragt, dass der Bürgermeister die Gesetzmässigkeit dieser Gehilfenversammlung überprüfe und die dort gefassten Beschlüsse sistiere. Der dritte Dringlichkeitsantrag ist von den Gemeinderäten Körber und Kollegen. Er lautet: Allen Versicherungen der Gemeinderatsmehrheit, dass die Wohnungsnot infolge der städtischen Wohnungsbauten gemildert wurde, zum Trotz, nimmt diese in der exzessivsten Form der Obdachlosigkeit noch immer zu. Nach wie vor sieht man, wie unterstandlose Personen Gartenbänke, Mistkisten u.s.w. als Schlafstätten benutzen. In letzter Zeit wird auch das nächst der Augartenbrücke gelegene ehemalige Stationsgebäude der ehemaligen Dampftramway Wien-Stammersdorf, in dessen Räumen tagsüber Angestellte der städtischen Strassenbahnen Dienst machen, von Obdachlosen zur Nüchtingung benützt. Jeden Abend kommen ungefähr dreissig Unterstandlose dort hin und lagern bei jeder Witterung auf dem offenstehenden Perron. Bei Morgengrauen entfernen sich dann die Leute, um regelmässig am Abend wiederzukehren. Angesichts des herannahenden Winters erscheint es dringendst notwendig, dass von der Gemeinde Vorsorge für die Obdachlosen getroffen werde, weshalb beantragt wird, der Gemeinderat wolle beschliessen, dass die in den städtischen Wohnhausbauten befindlichen für Kinovorstellungen, Vorträge und sonstige Veranstaltungen dienende Säle zur Aufnahme Obdachloser zur Verfügung zu stellen sind.

Die Gemeinderäte Weber, Kohl, Fischer und Genossen haben dazu folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Trotz der anerkanntwertigen Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien, durch die Zehntausende von Familien von ihren Wohnungssorgen befreit werden, gibt es doch immer noch eine

grosse Zahl von Familien, die entweder ohne Wohnung sind, oder in ungenügenden Räumen zu wohnen gezwungen sind. Der herannahende Winter bringt noch eine neue Gefahr. Durch die sogenannten Sanierungsmassnahmen der Regierung wird die Zahl der Arbeitslosen immer grösser und es können viele Familien nicht einmal die Mittel für eine bescheidene Notunterkunft aufbringen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die in Wien bestehenden Einrichtungen für Obdachlose, obwohl sie von der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung vergrössert und ausgestaltet worden sind, den verstärkten Anforderungen nicht entsprechen können. Andererseits gibt es aber in Wien eine grosse Zahl von Kirchen, Pfarrhäusern und Klöstern, die als Unterkunftsräume für Obdachlose herangezogen werden könnten. Von einer Heranziehung der Kirchen für Unterkunfts-zwecke müsste wohl abgesehen werden, weil sie sich ebenso wie Theater, Kinosäle und andere Vortragsräume für die Unterbringung von Obdachlosen nicht eignen. Dagegen wären Pfarrhäuser, soweit die dort Untergebrachten Personen einen weit über das Bedürfnis hinausgehenden Wohnluxus treiben und insbesondere Klöster, in denen Ausländer wohnen, für diese Zwecke sehr gut geeignet.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Dringlichkeitsantrag: Die Regierung ist in geeigneter Weise aufzufordern das Anforderungsgesetz wieder herzustellen und sofort ein Gesetz vorzulegen, durch das überflüssige Wohnräume in Pfarrhäusern beschlagnahmt und zur Unterbringung von Obdachlosen verwendet werden. Ferner soll in diesem Gesetz ausgesprochen werden, dass alle Ausländer in den Klöstern, die keinen nützlichen Erwerb nachweisen können, nach den Grundsätzen des Inlandarbeiterschutzes auszuweisen sind. Die dadurch freiwerdenden Räume sind gleichfalls zur Unterbringung von Obdachlosen zu verwenden.

Die vier Anträge werden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung am Schluss der Sitzung verhandelt.

Ohne Referat wird der Entwurf für einen Wohnhausbau auf den Gründen der ehemaligen Krimskykaserne mit einem Kostenaufwand von 920.000 S genehmigt. Desgleichen Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Gewährung eines Zuschusskredites für die städtische Dampfwecherei, des Stadtrates Richter auf Uebertragung der Instandhaltung der Telegrafienbatterie der Hauptfeuerwachen Favoriten und Mariahilf an die Accumulatorenfabrik, auf Gewährung eines Sachkredites von 58.500 S für die Errichtung der Feuerwache Speising und auf Genehmigung eines Betrages von 50.000 S für verschiedene Ausgaben, des Gemeinderates Lötsch auf Genehmigung eines Grundankaufes in Floridadorf, des Gemeinderates Schneider auf Herstellung der Seitenfahrbahn am Margaretengürtel und auf Strassenherstellungen in der Wilbrandtgasse von der Scheimpfluggasse bis zur Hermann Pachergasse und der Scheimpfluggasse von der Hardeckerstrasse bis zur Wilbrandtgasse, des Gemeinderates Schön auf Ankauf eines Hauses in der Garnisongasse, des Gemeinderates Schütz auf Regulierung der Prinz Eugenstrasse und des Stadtrates Weber auf Bewilligung eines Betrages von 10 Millionen Schilling für die beschleunigte Durchführung von Wohnhaus- und Siedlungsbauten.

Vize Bürgermeister Emmerling referiert zunächst über die Golderöffnungsbilanz des Brauhauses der Stadt Wien und über die Bilanz für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1925. Das Brauhaus der Stadt Wien erzeugte 307.000 Hektoliter, von denen 285.000 Hektoliter verkauft wurden. Gegenüber der Erzeugung im Jahre 1924 ist eine Mehrerzeugung von 6.772 Hektoliter festzustellen. Bezüglich der Goldbilanz erklärt der Referent, dass diese die Unternehmungen vor neue Tatsachen stellt. Die Goldbilanz weist ein Anlagekapital von 47 Millionen Schilling auf und an Rücklagen 1.125.000 Schilling. Der Referent stellt den Antrag die Golderöffnungsbilanz zu genehmigen und die Bilanz für das Jahr 1925. Weiters beantragt er den Gebarungüberschuss von 164.669 Schilling an die Gemeinde Wien abzuführen.

Zweiter Bogen.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) nimmt dagegen Stellung, dass den Gemeinderäten keine Zeit gelassen wird, die Rechnungsabschlüsse und Goldbilanzen zu überprüfen. Es ist eine Unmöglichkeit in zwei bis drei Tagen fünfzehn Goldbilanzen kontrollieren zu können. Ich bin im Untersuchungsausschuss dem Herrn Präsidenten Dr. Danneberg als Zeuge gegenüber gestanden. Dr. Danneberg hat dort die Auffassung vertreten, dass jeder, der eine Bilanz unterschreibt, für die Bilanz auch verantwortlich ist. Diese Auffassung des Herrn Dr. Danneberg wird hier nicht vertreten; weil Vizebürgermeister Emmerling, der grösste Unternehmer, einfach seine Arbeit nicht bewältigen kann. Die sozialdemokratische Partei hält jetzt viele Versammlungen ab, um das Volk von der wirtschaftlichen Notlage auf andere Dinge abzulenken. In einer solchen Versammlung hat mich Vizebürgermeister Emmerling mit einer Bank in Verbindung gebracht, deren Liquidation ich genau so unschuldig bin wie der Herr Vizebürgermeister. Der Herr Vizebürgermeister hat in dieser Versammlung über mich gesagt: Sie kennen ja den Herrn Gemeinderat Zimmerl, der im Gemeinderat das Maul so aufreißt. Ich stelle hier fest, dass ich immer nur sachliche Kritik übe, und ich empfinde es als Unrecht, vom Vizebürgermeister Emmerling so charakterisiert zu werden. Ich wünschte nur, dass der Herr Vizebürgermeister, der als Referent uns gar nichts gesagt hat, beim Referat den Mund mehr /aufgerissen hätte. Zur Sache selbst bemerkt Redner, dass Ertragnis des Brauhauses sei weitaus besser als der Referent es angegeben, es betrage trotz der Wertabschreibungen fünfzehn Milliarden Kronen. Nach dem angegebenen Betriebskapital bedeutet das eine dreissig Prozentige Verzinsung. Man sieht also, dass die Subvention an den Arbeiterabstinentenbund wenig Wirkung gehabt hat, denn der Bierkonsum ist ansehnlich gestiegen. Der Abstinente Emmerling muss dem Brauherrn Emmerling zum recht guten Erfolg des Geschäftes herzlichst gratulieren (Vizebürgermeister Emmerling: Danke schön! Heiterkeit!) Es wird uns unmöglich gemacht, eine wirkliche Prüfung der Goldbilanzen und der Rechnungsabschlüsse vorzunehmen. Man müsste unseren Vertrauenspersonen Einblick in die Bücher gewähren. Wir lehnen daher die Verantwortung für sämtliche vorliegenden Bilanzen ab und werden dagegen stimmen.

Vizebürgermeister Emmerling stellt in seinem Schlusswort fest, dass er beim Wimberger wohl eine Rede gehalten, aber die von Zimmerl gefügte Wendung nicht gebraucht habe, wer ihn kenne, der wisse, dass es nicht seine Art sei, so zu reden. Ich muss daher, sagt der Referent, die mir in den Mund gelegten Worte als eine Lüge erklären und den der das gesagt hat als einen Verleumder. (Beifall bei der Mehrheit). Bezüglich der sachlichen Ausführungen des Gemeinderates Zimmerl sei darauf verwiesen, dass im Nationalrat fünf Novellen vorgelegt wurden, die die Fertigstellung des Goldbilanzengesetzes immer wieder hinausgeschoben haben. Die letzte Novelle wurde erst Ende September vorgelegt. Es ist also nicht unsere Schuld, wenn wir mit den Vorlagen nicht früher herauskommen konnten. Zu den Beschwerden über die rasche Art der Behandlung der Vorlagen sei festgestellt, dass man im Nationalrat weitaus grössere Geschäftsbetriebe verrechnet, beispielsweise die Tabakregie, das Salzgefälle und einfach die Rechnungsabschlüsse auf den Tisch des Hauses legt, ohne dass das Plännum Gelegenheit hat sie zu studieren geschweige denn sie zu prüfen. Bei uns gibt es Ausschüsse und da haben die Mitglieder Gelegenheit genaueren Einblick zu gewinnen. Schliesslich bemerkt der Referent, dass auf Grund des guten Geschäftes mit dem Brauhause immerhin eine weitere Erhöhung der Bierpreise vermieden werden konnte.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling erstattet Bericht über die Gold-eröffnungsbilanz der städtischen Leichenbestattungsunternehmung und verweist darauf, dass das Jahr 1925 mit einem, wenn auch kleinen Reinertrag von 21.756 Schilling abschliesse. Trotz scharfer Konkurrenz der privaten Bestattungsanstalten werden siebenzig Prozent aller Leichen durch die städtische Anstalt beerdigt. Die Torffabriken Schremms und Admont, welche wegen des Pferdebetriebes seinerzeit erworben werden mussten, hatten mit der fortschreitenden Automobilisierung ein immer geringeres Ertragnis, schliesslich standen sie mit Verlust in der Bilanz und

im Vorjahre ist zu einer völligen Stillelegung der Werke gekommen. Schremms ist abgebrannt, das Admont Werk wurde verpachtet.

G.R. Doppler (chr. soz.) bemerkt, dass auch bei dieser Vorlage eine Ueberprüfung nicht möglich sei, er bemängelt die Art der Bilanzierung und wünscht zu wissen, wie sich das Ertragnis aus der Leichenbestattungsanstalt selbst gestaltet habe, ohne Berücksichtigung der Verlustposten Schremms und Admont. Es sei auch verfehlt, im Rechnungsabschluss die Gratisleichen zu behandeln, das gehöre auf ein Separatkonto.

Redner meint, dass die städtische Leichenbestattung billiger arbeiten soll und die Gratisleichen aus den Mitteln bestritten werden sollen die hierfür bestimmt sind. Auch soll die Gemeinde einmal in der Frage der Grabsteinversicherung Ordnung machen, damit die läppischen Prozesse, die die Oeffentlichkeit nur beunruhigen, aus der Welt geschafft werden. Der Redner erklärt sodann, dass die Minorität der Rechnungslegung über städtischen Leichenbestattung nicht zustimmen kann.

Vizebürgermeister Emmerling bemerkt in seinem Schlusswort, dass die Gratisleichen von den Christlichsozialen eingeführt wurden. Wir folgen nur ihren Anleitungen. Wenn Sie es aber machen, ist es gut; wenn wir es jedoch machen, ist es schlecht. Sodann wird der Antrag angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Gold-eröffnungsbilanz der städtischen Ankündigungsunternehmung und über die Bilanz für das Jahr 1925. Die Goldbilanz und Jahresbilanz werden sodann ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Gold-eröffnungsbilanz der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf und die Bilanz für das Geschäftsjahr 1925, weiters über die Gold-eröffnungsbilanz der Ueberlandzentrale Ebenfurth und der Ziegelei Zillingdorf sowie über deren Bilanzen für das Jahr 1925. Die Goldbilanzen und die Bilanzen für das abgelaufene Geschäftsjahr werden ohne Debatte genehmigt.

GR. Brockwyner referiert über die Gold-eröffnungsbilanz und über die Jahresbilanz für das Jahr 1925 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Einlagestand hat im Jahre 1924 520 Milliarden betragen. Er ist vor einigen Wochen auf 2000 Milliarden gestiegen. Ebenso hat die Zahl der Einleger im abgelaufenen Jahr bedeutend zugenommen. Ende 1924 hatte die Zentralsparkassa 162.476 Einlagenkonten. Diese Zahl ist 1925 auf 226.657 gestiegen. Ende September dieses Jahres betrug sie 263.161. Bis September dieses Jahres sind also die Konten um 40.528 gestiegen. Die Steigerung bedeutet ein Anwachsen der Einlegerzahl um 18 Prozent. Jeden Geschäftstag sind 181 Einleger zugewachsen. Das ist ein ausserordentliches Zeichen, welcher Sympathie sich die Zentralsparkassa des sparenden Publikums erfreut. Was die Kreditabteilung der Zentralsparkassa betrifft, so ist ebenfalls ein starkes Ansteigen der Zahl der Darlehenskonten zu verzeichnen. Ende 1924 betrug die Zahl der Darlehenskonten 2919, Ende 1925 5599 und mit Ende 1926 stieg diese Zahl auf 8939. Die Zahl der Darlehenskonten hat sich also verdreifacht. Diese Zahlen beweisen, von welcher wirtschaftlichen Bedeutung die Kreditabteilung der Zentralsparkassa ist. Es werden die billigsten Zinse errechnet und die Kreditabteilung geht bei jeder Zinsfussermässigung voran. Auch sie erfreut sich deshalb des grössten Vertrauens des Publikums und auch nicht zuletzt deshalb, weil die Gemeinde Wien die volle Haftung trägt. Die Gold-eröffnungsbilanz und die Jahresbilanz für 1925 werden sodann ohne Debatte genehmigt.

GR. Brockwyner referiert weiters über die Gold-eröffnungsbilanz und die Schlussbilanz der 31. Dezember 1925 des Kreditvereines der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien. Auch hier ist eine bedeutende Inanspruchnahme zu verzeichnen. Der Kreditverein ist für Kleingewerbetreibenden eine unentbehrliche Notwendigkeit geworden. Er gibt jetzt Kredite bis zu 20.000 Schilling. Die Goldbilanz und Schlussbilanz werden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

G.R. Broczyner berichtet weiters über die Goldbilanz der städtischen Versicherungsanstalt, wobei er erwähnt, dass diese Anstalt eine sehr gesunde und günstige Entwicklung nimmt. Im Jahre 1925 sind die Prämienzahlungen auf 4,5 Millionen Schilling gestiegen, was gegenüber dem Jahre 1924 eine Zunahme von achtzig Prozent bedeutet. Die Reserve beträgt 3,918.000 Schilling.

Der Bericht über die Bilanz werden ohne Wortmeldung genehmigt.

St. R. Professor Dr. Tandler unterbreitet die Goldbilanz der städtischen Friedhofsgärtnerei, die ebenfalls ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen wird.

St. R. Kokorda referiert über die Goldbilanzen des Rathauskellers, der Lagenhäuser, der städtischen Märkte und Schlachthäuser. Auch diese Berichte werden ohne Wortmeldung genehmigt.

G.R. Schneider (soz. dem.) beantragt die Pflasterung der Sonnergasse in der Siedlung Hoffingergasse. Die Kosten betragen 35.000 Schilling. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

G.R. Schütz (soz. dem.) berichtet über die Regulierung der Prinz-Eugenstrasse. Der Magistrat hat sich schon im Jahre 1912 bemüht die dort ausserhalb der Baulinie liegenden Objekte zu entfernen, weil sie nicht nur unästhetisch, sondern auch den Verkehr stark behinderten. Herr Schwarzenberg will nun dort vier einstöckige Familienhäuser bauen und hat um Aufhebung des Bauverbotes angesucht. Das Gebiet des Schwarzenbergparkes gehört nämlich in die Parkschutzzone. Es ist nun eine Vereinbarung getroffen worden, die den Bau dieser Villen vorsieht, gleichzeitig aber auch die Erweiterung und Verschönerung der Prinz-Eugenstrasse mit sich bringt.

Dem Antrag wird ohne Debatte zugestimmt.

St. R. Weber berichtet, dass die im Voranschlag für 1926 vorgesehenen 96 Millionen Schilling für Wohnhaus- und Siedlungsbauten bereits ausgegeben wurden und sich voraussichtlich infolge der verstärkten Wohnhausbautätigkeit eine grössere Summe für dieses Jahr als notwendig erweisen wird. Es wird daher beantragt noch zehn Millionen Schilling für das Jahr 1926 für Wohnbauzwecke zu genehmigen.

Der Betrag wird ohne Debatte genehmigt.

St. R. Siegel berichtet über die Goldbilanzen der städtischen Dampfwäscherei und der städtischen Bäder, die debattelos genehmigt werden.

Ohne Debatte wird auch ein Bericht des Stadtrates Siegel über die Herstellung einer Entlastungsanlage an der Unteren alten Donau zum Zwecke der Verbesserung der Hochwasserverhältnisse zur Kenntnis genommen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 40.000 Schilling und fallen in den Rahmen des von der Gemeinde zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu beschliessenden ausserordentlichen Arbeitsprogrammes. Durch diese Entwässerungsanlage wird ein grosses Gebiet bei der Erzherzog-Karlstrasse vor Uberschwemmung geschützt.

St. R. Siegel berichtet über die Entwürfe für einen Wohnhausbau in der Josefstadt, Pfeilgasse. Durch diesen Bau der 420.000 Schilling Kosten verursacht, wird dieses Gebiet saniert. Die dortige <sup>ordentlichen</sup> Schule habe jetzt keinen Zugang und es müssen die Kinder längs einer Planke gehen. Der Gemeinde ist es gelungen das Gebiet zu erwerben und es wird nun dort eine schöne Anlage entstehen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

St. R. Siegel erstattet nun Bericht über das ausserordentliche Arbeitsprogramm zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Der Referent bespricht die Weltwirtschaftslage und die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Erschütterungen, deren Wirkungen insbesondere in Oesterreich verheerend gewesen seien. Eine trübe und graue Zukunft liegt vor uns, Gewerbe, Handel und Industrie liegen darnieder, die Arbeitslosigkeit hat um sich gegriffen und es ist nun unsere Aufgabe diese ungeheure Krankheit einiger Massen zu lindern. Deswegen hat die Gemeinde Wien immer als ihre wichtigste Pflicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Auge gehabt und sich bemüht mit ihren Mitteln Arbeit zu schaffen. Gegen die Arbeitslo-

sigkeit gibt es eben nur ein radikales Mittel zur Heilung: wirklich produktive Arbeit. Von diesen Gedanken getragen hat die Gemeinde Wien seit Jahren Investitionsprogramme ausgearbeitet und Notstandsarbeiten durchführen lassen. Dem grossen Investitionsprogramm der letzten Jahre mit den 25.000 Wohnungen schliesst sich nun ein neues Programm an. Es sollte schon im Monate August dem Gemeinderat vorgelegt werden, allein verschiedene Hindernisse haben das nicht ermöglicht. Da nun wenigstens in anderen Ländern der Bund seiner Pflicht durch Zuschüsse aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge die Investitionstätigkeit zu ermöglichen erfüllte, waren wir der Meinung, dass der Bund auch dem Lande Wien gegenüber etwas tun werde. Nach monatelangen Verhandlungen ist es gelungen, den Bund zu bewegen, dass er aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge einen Beitrag leiste. Der Beitrag des Bundes ist nicht überwältigend. Er beträgt 1,3 Millionen Schilling, das ist ungefähr eineinhalb Prozent jener Summe, die die Gemeinde Wien zur Durchführung ihres neuen Programmes aufwendet. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Wenn diese Summe auch nicht ausschlaggebend ist, so beweist sie doch wenigstens den guten Willen der Regierung, sie ist gleichsam eine Verbeugung der Regierung vor unserem Programm.

Der Redner erklärt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinde auf das Wirtschaftsleben der Stadt von ausserordentlicher Wirkung sei. Zum Beweise dessen bringt er statistische Ziffern vor. In Wien gibt es rund 700.000 geistige und manuelle Arbeiter. 76.000 unterstützte Arbeitslose, also elf Prozent arbeitslose Menschen in Wien, ein ausserordentlich hoher Prozentsatz. Wenn man in Erwägung zieht, dass die Gemeinde unmittelbar in ihren Diensten 64.000 Menschen beschäftigt, dass auf den kommunalen Bauten 15.000 Arbeiter tätig sind, und noch die in den verschiedenen Werkstätten und Fabriken beschäftigten Menschen, die mittelbar für die Gemeinde Wien Arbeiten verrichten, hinzurechnet, so kommt man zur Summe von 30.000 Arbeitern dieser Art und schliesslich zur Gesamtsumme von 100.000 Arbeitern, welche mittelbar und unmittelbar im Dienste der Gemeinde stehen, also ein Siebentel der Wiener Arbeiter überhaupt. Das beweist, welchen ungeheuren Einfluss unsere Investitionstätigkeit auf das Wirtschaftsleben der Stadt ausübt. Man kann sich die Folgen nicht vorstellen, die eintreten würden, wenn durch irgendeinen Umstand diese Tätigkeit der Gemeinde Wien abreißen würde. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir uns entschlossen, dem Gemeinderat dieses Programm vorzulegen. In der Stadt Wien hat sich der Stand der Arbeitslosen um rund 2000 vermindert, während er im übrigen Oesterreich gestiegen ist. Diese Abnahme der Arbeitslosigkeit in Wien ist auf die Investitionstätigkeit der Gemeinde zurückzuführen. (Widerspruch bei der Minderheit). Der Referent verweist auf die den Mitgliedern des Gemeinderates vorliegende Liste der geplanten Arbeiten und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Vorlage vom Gemeinderate einstimmig angenommen werden wird.

G.R. Kunschak (chr., soz.) führt zu den Ausführungen des Stadtrates Siegel aus: Ob Ihr Notstandsprogramm/als ein Notstandsprogramm bezeichnet werden darf, darüber lässt es sich streiten. Schon eine flüchtige Durchsicht zeigt, dass in dem Programm Dinge enthalten sind, die die Gemeinde machen muss, Arbeiten, die selbstverständlich sind und die zu den selbstverständlichen Aufgaben der Gemeinde gehören. So zum Beispiel das Gebiet der Strassenpflege. Es kann nicht behauptet werden, dass sich die Strassen in einem befriedigendem Zustande befinden (Zwischenruf: Die Wienerstrassen sind besser wie die Strassen in ganz Oesterreich!) Mit Ihrem Notstandsprogramm sind Sie in dieser Beziehung gegenüber den Arbeiten in den früheren Jahren noch immer im Hintergrund. Im Jahre 1913 hat das Strassenbudget achtzehn Millionen Schilling betragen. In dieser Summe war der Aufwand für die Regie nicht eingerechnet, nur die eigentliche <sup>Mit dem</sup> Strassenherstellung. Notstandsprogramm ist ein Gesamtbetrag für

das Jahr 1926 von 17 Millionen Schilling ausgeworfen und darin sind <sup>auch</sup> die Kosten der Verwaltung enthalten. Wird aber auch das Programm durchgeführt werden. Nur diese "escornis" haben wir nur das Trostsprüchlein des Herrn Referenten. Sie haben auch schon früher Notstandsprogramme aufgestellt, aber eine Reihe von Arbeiten ist bis heute noch nicht erledigt. Solche Posten sind eine bewusste Augenauswischerei. Was Sie jetzt in Ihr Programm eingestellt haben, wird wohl wenig Milderung der Notlage bringen. Bis die Arbeiten vergeben sein werden, werden Sie nicht arbeiten können. Im August haben Sie erst Ihr Programm dem Ministerium übergeben. Das Ministerium muss selbstverständlich Ihr Programm prüfen; es ist ja nicht der Wiener Gemeinderat, der einfach alles schluckt (Beifall bei der Minorität). Das Strassenbauprogramm hätte schon früher erledigt werden können. Auch sind in anderen Kapiteln Arbeiten vorgesehen, die eben durchgeführt werden müssen. Wenn Sie die Heizanlage umbauen, so deshalb, weil die Anlage ruiniert ist und deshalb repariert werden muss. Oder die <sup>Verlegung der</sup> Friedensbrücke. Ich erinnere Sie daran, dass Sie einmal beschlossen haben, die alte Brücke als altes Eisen zu verkaufen. Wir haben damals angeregt, die alte Brücke in Simmering zu verwenden. Ohne Prüfung haben Sie damals unseren Antrag abgelehnt. Jetzt kommen Sie auf unseren Antrag zurück. Was den Ausbau der Grössmarkthalle betrifft, so hätten Sie diese Arbeiten schon längst durchführen müssen (Zwischenrufe). Das hätten Sie schon Sie machen müssen. Ja, es ist sehr bequem, zu sagen: Sie hätten schon alles machen müssen. Wenn wir schon alles gemacht hätten, so könnten Sie einfach Ihr Geld in alle möglichen Banken legen. (Starker Beifall bei der Minorität. Zwischenrufe bei der Majorität: Zentralbank! Grosse Unruhe).

Was die Umwandlung der Friedhöfe in Gartenanlagen anlangt, muss gesagt werden, dass die grundsätzlichen Beschlüsse hierzu schon in früherer Zeit gefasst worden sind.

StR. Breitner: Aber gemacht wurde es nicht! (Lebhafte Heiterkeit)

StR. Kunschak: Sie haben recht, denn sonst hätten Sie es nicht machen können.

StR. Breitner: Sie haben sich jedenfalls den leichteren Teil gewählt!

StR. Kunschak: Sie vergessen, dass damals die Zeit, in der die Friedhöfe zu solche Zwecke verwendet werden durften, noch nicht abgelaufen war. Am besten beweist dies der Fall des Währingerfriedhofes. Hier wurde die Umwandlung in eine Gartenanlage durch einen Prozess mit der Pfarre Währing als Eigentümerin verzögert. Dass dieser Prozess entschieden wurde, ist nicht zuletzt meiner aktiven Mitwirkung zu danken. Solange aber der Prozess schwebte, konnte die Anlage nicht geschaffen werden. Der Schmelzer Friedhof ist schon seit längerer Zeit frei. Wer weiss, was sich dort abspielt, der muss sagen, dass schon aus ästhetischen und hygienischen Gründen die Umwandlung längst hätte erfolgen müssen. Wir sind aber der Meinung, dass man diese Arbeiten in den Voranschlag zu geben hat. Sie stellen ja diese Dinge ohnehin in das Budget ein. Es ist also ein Notstandsprogramm innerhalb des Voranschlages. Dass Ihr Budget so gespannt ist, das zeigt

GR. Jenschik (Soz. Dem.) unsere Verwaltungskunst! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

StR. Kunschak: das zeigt, dass Sie nicht wissen, was Sie mit dem Gelde tun sollen.

StR. Breitner: Nur nicht in die Zentralbank schicken! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

StR. Kunschak: Vielleicht schicken Sie es in die Arbeiterbank!

StR. Breitner: Dort ist es sicher!

StR. Kunschak: Einen Versuch, das Geld dort hinzugeben, haben Sie ja schon gemacht und wenn ich nicht...

StR. Breitner: Nur heraus damit!

StR. Kunschak: Wenn es dem Herrn Finanzreferenten so gleichgültig ist, dann will ich es sagen. Die Zentralsparkasse hat Gelder in der Arbeiterbank angelegt.

StR. Breitner: Selbstverständlich!

StR. Kunschak: Sie werden natürlich behaupten, dass die Arbeiterbank in ihrer Bonität für Sie ausreichend ist. Aber Sie werden gestatten, dass wir an dieser Bonität zweifeln.

Sie hätten alle diese Arbeiten schon früher im Wege von Zuschusskrediten vorlegen können. Das wäre aber kein Notstandsprogramm gewesen, sondern diese Arbeiten wären im allgemeinen Budget untergegangen.

Der Referent hat auch wieder auf dem Bund losgepeckt und vom Abbau, der dort vorgenommen worden ist, gesprochen. Wie sehr bei der Gemeinde abgebaut wurde, das könnte uns am besten der städtische Personalreferent sagen.

Der Referent hat auch eine Parallele mit dem Bund gezogen. Aus dem Budget des Bundes ersieht man, dass der Bund mehr tut als ihm im Rahmen seines Budgets möglich ist. (Zwischenrufe bei der Mehrheit: Für die Zentralbank). Sie sehen, dass der Bund die letzten Reste... Rufe bei der Mehrheit: für Bosel herausgibt...

G.R. Kunschak ..... damit der Bosel Ihre Hammerbrotwerke saniert. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen. Rufe bei der Mehrheit: Die haben keine 700 Milliarden gekostet.) Sie geben über Ihr Budget nicht einen Groschen aus. Wenn Sie sich entschliessen werden über Ihr Budget hinaus grosse Summen aufzuwenden, aus Anleihegeldern Investitionen zu bestreiten, dann wird man erst <sup>sagen</sup> können, dass Sie eine Fürsorge für die Stadt betreiben. (Zwischenrufe bei der Mehrheit: Schulden machen wollen wir nicht!) Der Referent tut so, als ob früher nichts gebaut worden wäre. Sind nicht früher grosse Schulpaläste mit einem Aufwand von fünf Millionen Goldkronen errichtet worden, Amtshäuser in grosser Zahl, Bäder, Kinderspitäler, das Jubiläums-Spital in Lainz, das Versorgungshaus, Gaswerke, Elektrizitätswerke, die zweite Hochquellenleitung, ja waren das keine Investitionen die zehntausenden Arbeitern Arbeit und Verdienst gegeben haben? Wenn Sie sich rüsten, grosse Beträge aufzuwenden, so tun Sie doch nicht mehr als Ihren Steuern entspricht. Es fragt sich nur, ob es zweckmässig ist, aus dem Wirtschaftsleben übermässig viel Geld herauszuholen, um es dann teilweise wieder in das Wirtschaftsleben zurückzuführen. Auf anderen Gebieten haben Sie ein wahres Sedan angerichtet, beispielsweise auf dem Gebiete der Lustbarkeitsabgabe. Unter der Wucht der furchtbaren Zustände mussten Sie sich allerdings entschliessen die Abgabe zu emässigen, aber das geschah in einem Augenblicke, wo der Patient zum Sterben war, wie das Bild der Volksoper uns deutlich zeigt. Wie halten die Finanzpolitik der Mehrheit für eine verfehlte, für eine Antiwirtschaftspolitik. Etwas weniger Fiskalismus des Herrn Breitner würde zweifellos mehr Fürsorge für das Wirtschaftsleben in Wien bedeuten. Aus allen vorgebrachten Erwägungen werden wir daher für dieses Arbeitsprogramm stimmen, wie uns jede Arbeit willkommen ist, die die Gemeinde Wien zu leisten sich verpflichtet; aber in dem wir dafür stimmen liegt darin keine Anerkennung für Sie, dass Sie damit Ihre Pflicht gegenüber dem Wirtschaftsleben und dem Arbeitslosen erfüllt haben. (Beifall bei der Minderheit).

Erleichterungen bei der Arbeitslosenstelle im Nordwestbahnhof. Beim amtsführenden Stadtrat für Wohnungswesen und Sozialpolitik erschienen heute Vertreter der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen und ersuchten um Einwirkung der Gemeinde auf die Bundesverwaltung, dass bei der Arbeitslosenunterstützung- Auszahlungsstelle im Nordwestbahnhof gewisse Erleichterungen geschaffen werden. Diese Stelle werde zumeist von arbeitslosen Angestellten aufgesucht. Es ist dringend notwendig, dass die Auszahlungskassen vermehrt werden, während der kalten Jahreszeit ein Fussbodenbelag hergestellt und die Räume geheizt werden. Stadtrat Weber verwies darauf, dass im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes diese Angelegenheit in den Aufgabenkreis des Bundes falle. Die Gemeindeverwaltung ist aber gern bereit, ihren Einfluss auf den Bund wegen Erfüllung dieser Wünsche geltend zu machen. Dies sei bereits bei anderen Aus-

zahlungsteilen für Arbeitslose gesehen. Die Abordnung nahm diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis.

G.R. Müller (chr. soz.) bringt für den zwölften Bezirk Wünsche und Beschwerden vor. Er regt zum Beispiel die Regulierung der Meidlinger Hauptstrasse an, die er als sehr notwendig bezeichnet.

G.R. Scheltz (chr. soz.) ist der Meinung, dass im Notstandsprogramm für die städtischen Unternehmungen nicht besonders viel vorgesehen ist. Zum Kapitel: Beschleunigung der Einführung der elektrischen Beleuchtung, teilt er mit, dass die Dammstrasse im XX. Bezirk wohl im April die Installation bekommen hat, jedoch bis heute noch keine Beleuchtungskörper. Für dieses so wichtige Kapitel ist im vorliegenden Programm ein viel zu geringer Betrag eingesetzt. Er kritisiert auch, warum keine Post für die Legung neuer Kabel im Programm enthalten ist. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit würde es sich auch empfehlen das stillgelegte Ziegelwerk der Gemeinde Wien wieder in Betrieb zu setzen. Für die Strassenbahnen ist ein einziger Punkt eingesetzt und zwar der Bau der Waggonhalle in Michelauern. Was aber noch sehr Not tut, ist der Ausbau des Strassenbahnnetzes.

St. R. Breitner tritt den Ausführungen des Stadtrates Kunschak entgegen. Ich habe schon im Stadtsenat die Bemerkung gemacht, dass unser Notstandsprogramm der Minorität unangenehm ist. Und aus der Rede des Herrn Kunschak ist die Zwangslage zu ersehen, dafür stimmen zu müssen. (Beifall bei der Minorität). Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass manche Arbeiten auch so durchgeführt werden sollen. Es ist Absicht, eine Fülle von Bestellungen, viele Monate herausgegeben werden, als dies man bei einer rein kaufmännischen Betrachtung der Dinge tun dürfte und wir es nur tun, wenn uns in Form der produktiven Fürsorge ein Zuschuss gewährt wird. Also auch hier kann man wohl nicht von einer Spiegelfechterelei sprechen. Bezüglich der Pflasterung stets mehr aufgewendet, als gewöhnlich in den Voranschlägen eingesetzt, dann aufgewendet worden sind, beispielsweise im Jahre 1924, hundert Milliarden während laut Rechnungsabschluss 120 Milliarden für diesen Zweck ausgegeben wurden. Wenn einzelne Strassen in dem oder jenen Bezirk, wie vorgesehen, nicht ausgeführt worden sind, ist das nicht das Entscheidende. Entscheidend einzig und allein ist die Frage, ob wir die versprochenen Ausgaben wirklich vollzogen haben. Ich kann also sagen, dass die erhobenen Vorwürfe vollständig unbegründet sind. Bezüglich der Gartenanlagen wurde behauptet, dass wir nur fortsetzen was die frühere Verwaltung angefangen hat. Nun dieser Anfang war wirklich ein ausserordentlich bescheidener. Im Jahre 1909 war auf Grund des Erlasses der alten niederösterreichischen Staathalterei eine ganze Reihe von Friedhöfen für Gartenzwecke frei. Bis Kriegsausbruch hat die frühere Gemeindeverwaltung auch mit einem einzigen der aufgelassenen Friedhöfe in eine Gartenanlage umgewandelt. Sie hat sich darauf beschränkt uns diese Arbeit zu überlassen. Tatsache ist, dass wir seither fast alle Friedhöfe in Gartenanlagen umgestaltet und das alles in einer verhältnismässig kurzen Zeit.

Redner wendet sich dann gegen den Vorwurf als ob die Gemeindeverwaltung mit ihrem neuen Arbeitsprogramm zu spät herausgekommen sei und betont, dass schon früher alle Anstrengungen gemacht worden sind, vom Bund die entsprechende Zusicherung auf Gewährung von Zuschüssen aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu erlangen. Das Bundesministerium für soziale Fürsorge stellte die Ausführung des Gesamtprogramms als Bedingung, hat aber lediglich für sechs bis acht Posten, Gartenanlagen, Strassen und Bäder, die materiell nicht entscheidend sind, Zuschüsse gewährt. Für die Wohnhausbauten erfolgt kein Zuschuss. Für eine geplante Bestellung von Autobussen wurde der Zuschuss direkt abgelehnt.

St. R. Kunschak hat eine mysteriöse Bemerkung gemacht, die sich auf die Gemeinde und ihre Verbindung mit der Arbeiterbank bezogen hat. Die Gemeindeverwaltung selbst hatte niemals eine finanzielle Beziehung zur Arbeiterbank. St. R. Kunschak hat dies erst in der letzten Sitzung des Finanzausschusses, in der über die Veranlagung der Gemeindegelder eingehendst berichtet wurde, erfahren können. Auf meine energische Aufforderung hat er schliesslich zögernd die Zentralsparkassa genannt. Wir leben in einer Zeit, in der man mit solchen mysteriösen Andeutungen überaus vorsichtig sein

sollte. Zum Glück bin ich in der Lage den Tatbestand sofort aufzuklären und dies in einer Weise, die der Arbeiterbank nur zum Vorteile gereicht. Die Zentralsparkassa hat schon seit mehr als zwei Jahren unter einer Reihe von Wiener Banken auch einen Betrag bei der Arbeiterbank veranlagt. Das Institut ist meiner Ueberzeugung für jeden noch so hohen Betrag, dem man ihn anvertraut, unbedingt sicher. Es war also nicht ein Misstrauen, sondern nur besonders grosse Vorsicht und weil schliesslich bestimmte Weisungen in dieser Beziehung eine bindende Vorschrift bei der Zentralsparkassa sind, dass die Einlage bei der Arbeiterbank mit dem Höchstbetrage von drei Millionen Schillinge bemessen wurde. Dem Kuratorium wird jedes Vierteljahr ein Verzeichnis der Geldveranlagungen vorgelegt. In diesem Kuratorium sitzen auch die Vertreter der christlichsozialen Partei. Sie hatten niemals Veranlassung, diese Einlage zu beanstanden. Und es ist dies auch nicht geschehen, als vor 14 Tagen der übliche Ausweis zur Vorlage gelangt ist. Wohl aber hat sich etwas anderes ereignet. Die Arbeiterbank hat nämlich vor ein paar Wochen der Zentralsparkassa geschrieben, dass ihr der ange rechnete Zusatz zu hoch sei. Wieder ein Beweis, dass es gar keine Bevorzugung der Arbeiterbank gegeben hat. Die Zentralsparkassa lehnte es ab, den Zinsfuss zu ermässigen, worauf die Arbeiterbank mitteilte, dass sie die Einlage in kurzer Frist nach Massgabe ihrer sonstigen Eingänge zurückzahlen werde. Es ist dies tatsächlich nach dem heutigen Stand im Ausmasse von zweieinzehten Millionen Schillinge bereits geschehen und nach diesem Avise werden zweifellos die weiteren 900.000 Schillinge, wie aus dieser Darlegung zu ersehen ist, freiwillig und ohne jede Aufforderung zur Rückzahlung kommen. Man vergleiche damit, wie die der Christlichsozialen Partei nahestehenden Kreditinstitute behandelt wurden und vorgingen. Die der Zentralbank, Bauernbank, Steierbank und sonstigen Parteigünstigen haben die unter der Patronanz der Bundesregierung von der Nationalbank und Postsparkassa so reichlich gewährten Kredite nichts als zu hoch verzinslich gefunden. Es ist auch kein Wunder. Der Zinsfuss war ja sechs Prozent unter der Bankrate. So billige Gelder gibt man natürlich nicht zurück. Da für aber haben Nationalbank und Postsparkassa nicht nur das eine Prozent Zinsen, mit dem sie sich beglücken, verloren, sondern dazu noch alle 100 Prozent der gegebenen Einlagen. Mit seiner Heranziehung der Arbeiterbank hat also St. R. Kunschak kein Glück. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Es hat schon vor dem Krieg als Grundsatz gegolten und wurde auch auch im Grossen und Ganzen von der damaligen Mehrheit beachtet, dass man keine Anleihen für Zwecke aufnehmen soll, die nicht wieder selbst die Tilgung und die Verzinsung aufzubringen vermögen. Behs Deshalb können wird Wohnhausbauten, Strassenpflasterungen, soziale Fürsorgeeinrichtungen, Gärten, Brücken nicht als Anleihen bestreiten. Hingegen haben wir für die städtischen Unternehmungen die Aufnahme von Anleihen niemals grundsätzlich abgelehnt. Die grossen Werke sind industrielle Betriebe, die in der Lage sein müssen, aufgenommene Anleihen auch zu verzinsen. Da handelt es sich lediglich um den richtigen Zeitpunkt. Solange der Generalkommissär Zimmermann in Wien war und er ist ja erst am 30. Juni weggegangen, einen Tag bevor die Bundesregierung 625 Milliarden an die Zentralbank überwies konnte an ein Auslandsanleihen und ein anderes kam ja gar nicht in Betracht, gar nicht gedacht werden. Es ist nämlich zweifellos, dass die sonst benützt worden wäre, um auch die Stadt Wien unter eine Kontrolle zu bringen. Im allgemeinen wollen wir aber überhaupt eine Verschuldung an das Ausland vermeiden. Es erscheint uns besser, wenn möglich abzuwarten, bis der inländische Geldmarkt durch eine Investitionsanleihe der städtischen Unternehmungen tragfähig genug ist. Auch in dieser Beziehung erweisen sich die schauerlichen Vorgänge bei den christlichsozialen Banken als ein Hemmnis. Der Präsident der Nationalbank hat ja selbst mitgeteilt, dass die Zentralbankaffäre eine Herabsetzung des Zinsfusses verhindert hat. Wenn man sich vor Augen hält, dass beispielsweise andere Verwaltungen langlaufende Anlei-

den zu elfte Viertel Prozent verzinsen müssen, dann wird man doch zugeben müssen, dass unsere historische Haltung die richtige war.

In gewohnter Weise ist unser Steuersystem als schlecht verurteilt worden. Wir werden uns in dieser Beziehung niemals verstehen. Sie vertreten die Besitzenden und wünschen, dass diese von Steuern möglichst frei bleiben. Wir vertreten die Massen des arbeitenden Volkes und haben uns zum Ziel gesetzt, deren lebenswichtigen Bedürfnisse so weit als nur irgend möglich, von jeder Abgabe zu verschonen. Deshalb haben wir die Verzehrungssteuer aufgehoben, deshalb geben wir das Trinkwasser unentgeltlich, deshalb führen wir die Gas- und Elektrizitätswerke, die Strassenbahn ohne Gewinnabsicht, deshalb setzen wir alles daran, dass die Wohnungen so billig als nur irgendwie denkbar bleiben. Unter Ihrer Verwaltung da waren die Automobile vollkommen steuerfrei, aber jeder Benützer der Strassenbahn war eigentlich städtischer Steuerzahler. Wir machen es gerade umgekehrt. Es ist gar nicht über raschend, dass sich die Besitzenden durch ihren Mund gegen dieses System auflehnen. Wir klammern uns nicht an jeden einzelnen einmal festgesetzten Abgabesatz, wir bemühen uns vielmehr die Steuern zu ermässigen, wie dies schon sehr einschneidend mit der Fremdenzimmerabgabe mit der Lustbarkeitsabgabe für die Theater geschehen ist, und ich erinnere auch an die gänzliche Aufhebung der Steuer für Lastautomobile. Aber an den Aufbau an sich lassen wir nicht rütteln. Es sei denn, dass man uns etwa die Möglichkeit schafft, Zuschläge zur Einkommensteuer einzulieben, was eine gerechtere Form noch ist und uns die Lage versetzen würde, Steuern, die auf der Produktion liegen, abzubauen.

Die unangenehme Lage, in der sich die Opposition befindet, ist offensichtlich und leicht zu verstehen. Der Bund hat hunderte Milliarden einer verkrachten Bank überantwortet und wir machen für hunderte Milliarden ein Programm des Aufbaues, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. So war es schon im Jahre 1923 mit den drei Notstandsprogrammen, so haben die Voranschläge der Jahre 1924, 1925 und 1926 ungeheure Aufwendungen für Bauten, für Fürsorgeeinrichtungen, für Bäder, Gärten, für die Verbesserung der Kehrichtabfuhr, für die städtischen Unternehmungen gebracht und die heutige Vorlage reiht sich dem nur an. Nach der Auffassung des Bürgertums allerdings besteht die einzig richtige produktive Arbeitslosenfürsorge in der Aufhebung des Mieterschutzes. Diese Gegensätze sind unüberbrückbar. Wir können es getrost dem Urteile der Wiener Bevölkerung überlassen, welche Methode der Verwaltung die bessere ist. Die Stadt Wien steht rein da sie strengt alle Kräfte an, Arbeit zu schaffen, die Not zu lindern und wir sind der sicheren Ueberzeugung, dass die Mehrheit der Bewohner Wiens diese Tätigkeit zu würdigen versteht. (Lebhafter Beifall).

G.R. Doppler (chr., soz.) führt aus: Es wäre verwunderlich gewesen, wenn nicht Stadtrat Breitner das System Breitner verweigert hätte. Was die Kritik herausfordert, ist, dass sie sich in vielen Fällen um ein und dieselben Arbeiten handelt. Sie tun sich viel zu gut damit, dass sie bauen. Sie tun so, als ob nie <sup>gebaut</sup> worden wäre. Gegen früher

besteht nur ein Unterschied: Jetzt gibt es einen Bauherrn und früher hat es mehrere gegeben. Ihr Baue ist keine Weltbewegende Leistung. Sie zieht einfach den Leuten das Geld aus der Tasche und bauen damit. Eine vernichtende Niederlage der Maxistischen Wohnbaupolitik hat wohl der letzte Wohnbaukongress ergeben. Es soll nicht geleugnet werden, dass sich verschiedene Künstler in ihrem Rahmen bemühen, etwas zu leisten. Doch immer mehr und mehr erkennt die Bevölkerung, dass Ihre Baupolitik nicht dazu dient, um den Leuten Wohnungen zu geben, sondern dass sie Wahlgeometrie betreiben. Es hat sich der Fall ereignet, dass vor einer Eröffnung eines Wohnhauses ein Vertrauensmann zu einer Partei wegen der Dekorierung der Fenster kam. Die Partei sagte, sie wird ihre Fenster dekorieren, aber nicht rot. Was Ihr der Vertrauensmann entgegnete, war: Die Folgen werden sie selbst zu tragen haben (Bewegung). Das ist eine Erpressung (Erregung bei der Majorität). Wir werden von nun an streng auf diese Dinge achten und sie dem Staatsanwalt anzeigen, damit dort endlich ausgesprochen werde, dass die Bewohner in ihren Häusern freie Menschen sind. Zwischentufe bei der Majorität: Das ist Denunziation! Sagen Sie Ihnen Erpressernaturen, dass sie das in Zukunft lassen sollen. Das Hernalser Parteisekretariat haben Sie in einem neuen Wohnbau untergebracht. Sie haben dadurch Obdachlosen Wohnräume entzogen. Aber es wird die Zeit kommen, wo Sie umkehren müssen. Redner bringt einige Wünsche vor und schliesst: Es fehlt uns der Glaube, Ihr Programm ernst zu nehmen. Gewöhnen Sie sich an, die Anregungen der Minorität gebührend zur Kenntnis zu nehmen.

## Siebenter Bogen.

G. R. Haider (chr. soz.) bemerkt, dass die Gemeinde als grösste Unternehmerin leicht in der Lage wäre der Arbeitslosigkeit dadurch zu steuern, indem sie das Ueberstundensystem aufhebt. Bei der Strassenbahn werden täglich tausende Ueberstunden gemacht, würde man sie ersparen, so könnten dafür zweitausend Arbeiten dauernd beschäftigt werden. Das wäre der Anfang der Sanierung so weit es sich um das Arbeitsgebiet der Stadt Wien handelt.

G. R. Erben (chr. soz.) bemängelt, das Arbeitstempo der Pflasterungen und Strassenherstellungen, es sei überaus langsam. Unter Aufzählung von vielen Beispielen bringt Redner entsprechende Bezirkswünsche zur Kenntnis des Referenten, insbesondere wünscht er eine bessere Verbindung zum Krapfenwaldlbad.

G. R. Stöger (chr. soz.) bespricht Schulfragen und bezeichnet den Zustand der den Wiener Kindern von der Gemeinde übergebenen Lehrmittel als geradezu erbärmlich. An Schulbüchern sei starker Mangel, man wolle jetzt dreissigtausend Atlanten verteilen, während viele Kinder keine Geographie, Geschichte, Naturkunde- und Rechanbücher haben. Das scheine vergleichsweise so, als ob man einem hungrigen Bettler zur Linderung seiner Not einen feinen Zylinder schenken würde.

G. R. Schlösinger (chr. soz.) wünscht eine bessere Beleuchtung der Skodagasse und beklagt den schlechten Zustand der Strassenflächen um den Hamerlingplatz herum. Für die Errichtung von vier Jugendhorten sind 883.000 Schilling in diesem Arbeitsprogramm vorgesehen. Das ist gewiss eine grosse Summe, aber es wird hier parteipolitische gearbeitet, weil die private Fürsorge erschlagen wird. Das ist auch beim Zentralverein für Knabenhorte geschehen, der 60 Heimstätten hatte, die er aber mangels einer Gemeindegeldsubvention sperren musste. Sie wollen auch auf der Hohen Warte ein neues Waisenhaus errichten. Dafür soll ein Teil des Jodafstädter Waisenhauses aufgelassen werden. Dazu ist gar kein triftiger Grund vorhanden. Alle diese Pläne entspringen parteipolitischer Absichten. Wir sind einverstanden, dass Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, können aber mit der parteipolitischen Führung Ihrer Geschäfte niemals einverstanden sein.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) sagt, dass die Einlage der Zentralsparkasse bei der Arbeiterbank in das Jahr 1924 fällt, zu einer Zeit wo so viele Bankinstitute zusammengebrochen sind. Es war also damals diese Einlage schon ein bisschen freundschaftlich. Nach einem Erlass der Statthalterei durfte die Zentralsparkasse nur bei Grossbanken Gelder anlegen. Nehmen Sie mir ausser der Arbeiterbank eine andere Kleinbank, in der die Zentralsparkasse Geld eingelegt hat. Uebrigens hat ja die verfehlte Zinspolitik der Zentralsparkasse dazu geführt, dass selbst die Arbeiterbank die Einlage wieder zurückgegeben hat. Sie verschafft sich eben das Geld wo anders billiger. Sie lassen sich auch von den städtischen Unternehmungen für das Geld dass Sie ihnen borgen drei Prozent über die Bankrate bezahlen. Jeder Arbeiter, Geschäftsmann oder Unternehmer weiss heute, dass je niedriger der Zinsfuss ist, desto besser dies für unsere Wirtschaft ist.

Das merkwürdigste an diesem Programm ist wohl, dass es knapp vor den Wahlen herauskommt. Sie haben in dieser Beziehung eben ein schlechtes Gewissen. Wohl hat sich die Gemeinde hinaufgewirtschaftet, dass kann gar nicht bestritten werden. Sie haben doch Aktien gekauft in einer Zeit, in der weite Kreise der Bevölkerung von der Spekulationswut ergriffen waren. Es steht Ihnen nicht gut an, darüber jetzt viel zu reden, da Sie doch selbst ganz wahllos Aktien zuzugekauft haben. Sie haben auch

Achter Bogen.

Realitäten angekauft und auch Häuser aufgeführt. Sie haben sich hinaufgewirtschaftet, Gewerbe, Handel und Industrie haben Sie heruntergewirtschaftet. Komisch berührt auch die Verschiebung der Reklame für dieses Programm. Das hat früher immer die Finanzabteilung gemacht, jetzt muss es das Stadtbauamt besorgen. Ich weiss nicht was das Stadtbauamt mit dem Ankauf von Atlanten und so weiter zu tun hat. Sie könnten die Reklame ebensogut der Gewista oder der Wipag übertragen.

Ihre Finanzpolitik wird nicht nur von unserer Partei bekämpft, sondern sie ist auch Gegenstand der Kritik Ihre Parteigenossen, die es nicht begreifen können, dass man tausende Milliarden für Wohnungen ausgibt und diese riesen Summen aus laufenden Einnahmen bedeckt. Das ist ein falscher Weg. Es ist ein sozialistischer Weg. Aber Sie haben das Gelöbnis auf die demokratische Verwaltung abgelegt und dadurch dieses Gelöbnis gebrochen. Sie könnten, wenn Sie nur wollten, die Wirtschaftslage Rechnung tragen. Es ist aber schon so wie Präsident Störck gesagt hat, dass im Rathaus der Dickschädel eines Menschen herrscht und dadurch die ganze Bevölkerung in Not und Elend gebracht wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

St. R. Siegel erwidert im Schlusswort, dass auf die einzelnen Bezirkswünsche bei den Beratungen über den Voranschlag eingegangen werden wird. In seinen weiteren Ausführungen macht er zur Verlegung der alten Brigittabrücke nach Simmering die Mitteilung, dass heute ein Schreiben des Bundesministers Dr. Schürff eingegangen ist, in dem der Minister bekannt gibt, dass er im Interesse des Praters der Führung der geplanten Strasse vom Handelskai durch die Aspernallee zum städtischen Elektrizitätswerk nicht seine Zustimmung geben kann und anregt, die Strasse über den Freudenauer Winterhafen zu führen. Dadurch ist die Verlegung der alten Brigittabrücke nach Simmering in Frage gestellt. Die Anregung des Ministers ist überhaupt nicht diskutabel.

Sodann wird das vorgelegte Nstatensprogramm einstimmig angenommen.

St. R. Siegel berichtet über den Entwurf für die Errichtung einer Müllumlehrstation im X. Bezirk mit 350.000 Schilling Kostenaufwendungsbedürfnis.

G. R. Panosch (chr. soz.) tritt für die Verwertung des Kehrichtes ein, die am besten durch Ausführung eines seit langen vorliegenden Projektes geschehen könnte. Nach diesem Projekt wäre der Kehricht zu verbrennen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Referenten wird der Antrag angenommen.

St. R. Siegel ersucht um die Genehmigung der Zuschusskredite für die Befestigung des Wiener Strassennetzes.

Die Gemeinderäte Stöger und Untermüller und Bezirksvorsteher Dr. Siegmeth bringen verschiedene Wünsche vor, wonach nach einer Erwiderung des Stadtrates Siegel der Antrag angenommen wird.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) bringt sodann den Dringlichkeitsantrag bezüglich der Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer und Genussmittelabgabe ein. Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) begründet kurz die Dringlichkeit, worauf Stadtrat Breitner erklärt, dass dieser Antrag nicht geeignet sei, den Steuerträgern zu nützen. Der Finanzausschuss besteht aus 15 Politikern und es sei nicht üblich Geschäftsgeheimnisse, ja Familiengeheimnisse dort mitzuteilen. Dies ist auch von der früheren Verwaltung ganz mit Recht mitgemacht worden und auch der Bundesminister für Finanzen würde sich gegen eine solche Zumutung verwahren.

Der Dringlichkeitsantrag wird abgelehnt.

Der zweite Dringlichkeitsantrag bezüglich der Erhöhung der Beiträge für den Gehilfenausschuss der Kleidermacher wird vom Gemeinderat Untermüller begründet. Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Bürgermeister Seitz erklärt, dass wenn zu diesem Gegenstand eine objektive Beschwerde an den Magistrat gelangt, der Sachverhalt genau untersucht werden wird.

Es gelangen nun die beiden Dringlichkeitsanträge der Gemeinderäte Körber und Weber zur Verlesung. Bei der Verlesung des Dringlichkeitsantrages Weber erhebt sich bei den Christlichsozialen ein grosser Lärm, als von der Heranziehung der Pfarrhäuser für Obdachlose die Rede ist. Gemeinderat Preyer ruft: Frechheit! Skandal! Gemeinderat Angermayer: Das ist eine Herausforderung der gesamten Bevölkerung. Gemeinderat Biber: Lausbühnberei! Bürgermeister Seitz ruft dem Gemeinderat Preyer zur Ordnung. Es entsteht ein wüster Lärm. Die Christlichsozialen schlagen mit Aktentaschen auf die Pulte und rufen unausgesetzt Schluss! Sitzung schliessen! Es darf nicht weiter verhandelt werden! Einige christlichsoziale Gemeinderäte pfeifen. Bürgermeister Seitz erteilt zur Begründung der Dringlichkeit dem Gemeinderat Körber das Wort, der versucht zu reden, sich aber in den tosenden Lärm nicht verständlich machen kann. Die Christlichsozialen nehmen die Laden aus ihren Bänken und schlagen damit auf die Pultdeckel.

Seitz  
Bürgermeister! Wie ich sehe ist die Opposition entschlossen durch Lärm und Schreien die Verhandlung des Antrages des Herrn Gemeinderates Körber also eines Antrages eines Mitgliedes Ihrer Partei zu verhindern. Herr Gemeinderat Körber, dem ich das Wort erteilt habe, ist nicht in der Lage sich verständlich zu machen. Es liegt mir vollständig fern durch widerrechtliche Gewaltakte wie sie etwa Dr. Kienböck mit einem ähnlichen Anlasse im Nationalrate gesetzt hat vorzugehen. Ich hielt ein solches Vorgehen der Würde des Vorsitzenden nicht entsprechend. Da alle meine Ermahnungen zur Ruhe fruchtlos geblieben sind, der Lärm unausgesetzt fortdauert und eine weitere Verhandlung offensichtlich heute nicht mehr möglich ist, erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

Schluss der Sitzung ein Uhr früh.